Nachdem der Rat im Rahmen seiner Beschlüsse zum Haushalt 2016 in seiner Sitzung am 25.11.2015 (Beschlussvorlage Nr. 0165/2015) bereits rund 6.000 Einwendungen gemäß § 80 Absatz 3 GO NRW gegen die *ursprünglich vorgesehene* Erhöhung des Hebesatzes zur Grundsteuer B für das Jahr 2016 abgehandelt hatte, bringt die Verwaltung weitere eingegangene Beschwerden gegen die *tatsächliche* Erhöhung des Hebesatzes zur Grundsteuer B nach § 24 GO NRW zur Kenntnis:

Beschwerdeführer	Anschrift	Eingangsdatum
Walde mar Degen	N stenbergstr. 15, 51702 Bergneustadt	25.09.2015
Mari da Flaming	Vor der Platte 14, 51702 Bergneustadt	28.09.2015
Vasile Mangu	Danziger Str. 19, 51702 Bergneustadt	29.09.2015
Sabine Baeck	Zum Knollen 13, 51702 Bergneustadt	29.09.2015
Margita Dzel	Am Klitgen 26, 51702 Bergneustadt	13.10.2015
Ivan und Elena Ens	Am Klitgen 26, 51702 Bergneustadt	13.10.2015
Andrej und Tina Peters	Vor der Platte 16, 51702 Bergneustadt	21.10.2015
Klaus Dieter Heinen	Am Leiweg 21, 51702 Bergneustadt	23.10.2015
Erwin König	Hunschlade 44, 51702 Bergneustadt	26.10.2015
Alexander Wölger	Ackerstr. 17, 51702 Bergneustadt	26.10.2015
Walter Geddert	Hauptstr. 63, 51702 Bergneustadt	26.10.2015
Theodor Lakwa	Geesthözchen 31, 51702 Bergneustadt	03.12.2015
Dr. Dr. med. dent. CC Popescu	Stentenbergestr. 19, 51702 Bergneustadt	04.02.2016
M. Häriche und D. Bernasek	Wedeneststr. 66, 51702 Bergneustadt	05.02.2016
Renée Raymond	Schützenstr. 24, 51645 Gummersbach	05.02.2016
Bernd Schneider	Schöne Aussicht 27, 51702 Bergneustadt	05.02.2016
Daniela und Michael Reck	Am Fuchsberg 14, 51702 Bergneustadt	08.02.2016
Andreas Jd bej	Mühlenstr. 4, 51702 Bergneustadt	08.02.2016

Die aufgeführten Beschwerden sind dieser Beschlussvorlage beigefügt.

Im Wesentlichen werden die eingegangenen Beschwerden wieder damit begründet, dass *„die Wohnnebenkosten in den vergangenen Jahren bereits stark angestiegen sind und die Hebesatzerhöhung somit unsozial ist. Daher sollten die politisch Verantwortlichen nach Einsparpotenzialen suchen und bei der Etatsanierung auf der Ausgabenseite ansetzen“*. In soweit wird der Rat aufgefordert, *„von der Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung abzusehen“*.

Als pflichtige Teilnehmerin am sogenannten "Stärkungspakt" ist die Stadt Bergneustadt gezwungen, einen Haushaltsausgleich mit Konsolidierungshilfe ab 2016 und ohne ab 2021 herbeizuführen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen wurden im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes beschlossen. Die zur Erarbeitung des Haushaltssanierungsplans eingerichtete Lenkungsgruppe hatte hierzu mit Unterstützung der beratenden Gemeindeprüfungsanstalt zunächst den städtischen Haushalt auf bestehende Einsparmöglichkeiten untersucht. Alle umsetzbaren Einsparmöglichkeiten wurden in die Sanierungsplanung aufgenommen. Die konsequente Reduzierung von Sachausgaben in vielen Bereichen, der Verkauf von Grundstücken und Gebäuden und die Umsetzung des rigorosen

Personal konzepts reichen alleine aber nicht aus, den geforderten Haushaltsausgleich zu erreichen.

Insoweit war es unumgänglich, neben den Aufwandreduzierungen auch Steuererhöhungen in erheblichem Umfang zur Erreichung des landesgesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleichs vorzunehmen. Aus Sicht der Verwaltung ist die Forderung der Beschwerdeführer, geplanten Hebesatzerhöhungen zur Grundsteuer B nicht zuzustimmen beziehungsweise die für 2016 bereits erfolgte Erhöhung rückgängig zu machen, zurückzuweisen.